

L01 Machen, was zählt. Demokratie schützen - vor Ort und in Europa

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 9 Anträge

Antragstext

1 In den letzten Wochen haben die Hamburger*innen eindrucksvoll gezeigt, was
2 unsere Stadt ausmacht: Zehntausende Menschen sind für unsere Demokratie auf die
3 Straße gegangen. Hamburg ist offen und vielfältig. Natürlich sind wir
4 Hamburger*innen nicht überall einer Meinung. Was uns aber zusammenhält ist aber
5 nicht zuletzt die klare Botschaft: Für Rechtsextreme und ihre abstoßenden Pläne
6 ist in unserer Stadt kein Platz!

7 Die Bilder von 180.000 Menschen auf dem Jungfernstieg sind um die Welt gegangen
8 und haben sich bereits jetzt in das kollektive Bewusstsein der Menschen in
9 Hamburg eingeprägt.

10 All diese Menschen haben nun auch berechnete Erwartungen an uns als
11 regierungstragende Partei, als die Partei des Antifaschismus und des
12 Minderheitenschutzes, als Demokrat*innen und Menschenfreund*innen, unseren Teil
13 dieser Aufgabe zu erfüllen.

14 Unsere Aufgabe ist es, im engen Schulterschluss mit den anderen demokratischen
15 Parteien, den Medien und der Zivilgesellschaft, eine Normalisierung rechter und
16 antidemokratischer Sprache, Narrative, Feindbilder und Politikstile nicht
17 zuzulassen. Das schaffen wir, indem wir uns hiervon deutlich und in jeglicher
18 Hinsicht abgrenzen, und das auch von unseren demokratischen Mitbewerber*innen
19 einfordern. Die Brandmauer muss stehen!

20 Unsere Demokratie ist die Basis für eine Gesellschaft, in der alle Menschen
21 gleich an Würde und Rechten leben und teilhaben können. Sie lebt davon, dass
22 sich Menschen einbringen und mitbestimmen. Das kann zuweilen anstrengend sein,
23 wenn unterschiedliche Positionen aufeinandertreffen und diskutiert werden
24 müssen. Doch der faire Wettstreit um die besten Ideen ist Kern einer lebendigen
25 Demokratie und macht diese erfolgreich. Für uns GRÜNE Hamburg ist klar: Die
26 Grenzen sind dort erreicht, wo kein Wettbewerb mehr stattfindet, sondern
27 Menschen diskriminiert, herabgesetzt und durch Hass und Hetze aus der
28 öffentlichen Debatte ausgegrenzt werden sollen. Unsere Demokratie zu schützen,
29 steht für uns auch im Hinblick auf die Bezirks- und Europawahlen im Zentrum.
30 Denn die Demokratie muss auf allen Ebenen wehrhaft sein gegen diejenigen, die
31 sie destabilisieren und abschaffen wollen - vom Bezirk bis hin zur europäischen
32 Ebene. Was es dafür braucht, ist eine Gesellschaft, die zusammenhält. Und es
33 braucht eine Politik, die funktioniert, die Herausforderungen löst und
34 Sicherheit gibt. Eine Politik, die die Lebensrealität der Menschen fest im Blick
35 hat und sie in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Eine Politik, die die
36 notwendigen Veränderungen nicht ignoriert, sondern gemeinsam mit den
37 Bürger*innen gestaltet.

38 Dieses Angebot machen wir den Hamburger*innen am 9. Juni.

39 Dabei wissen wir, dass sich die Anfeindungen von rechtsextremen und
40 rechtspopulistischen Akteur*innen insbesondere auch gegen uns Grüne richten.
41 Schon seit längerem spüren wir den Gegenwind, unsere Mitglieder werden an

42 Infoständen hart angegangen, wir erhalten Hassnachrichten und Drohungen und
43 unsere Inhalte werden gezielt falsch dargelegt. Neben einer
44 menschenverachtenden, demokratie- und europafeindlichen Politik, wird der
45 Klimaschutz, ein Thema, das in unser aller Interesse ist, im Interesse unserer
46 Kinder und weiterer Generationen, abgewertet und instrumentalisiert, um
47 Emotionen und Ängste zu schüren.

48 Wir nehmen die daraus resultierenden Anfeindungen sehr ernst und unterstützen
49 unsere Mitglieder aktiv darin, sich auf die Situation vorzubereiten. Aber wir
50 wissen auch: Es kommt jetzt drauf an! Und wir brauchen jetzt erst recht jede*n
51 von uns!

52 Wir ducken uns nicht weg vor der Verantwortung, sondern begreifen die Bezirks-
53 und Europawahlen gemeinsam als eine große Chance. Wir werden weiter und noch
54 verstärkt unseren Beitrag für eine lebenswerte Zukunft in Hamburg, Deutschland
55 und Europa für alle Menschen leisten. Seit unserer Gründung setzen wir Grüne uns
56 für eine demokratische, vielfältige, inklusive und offene Gesellschaft ein.
57 Demokratie, Freiheit, Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte waren
58 von Beginn an die Richtschnur unserer Politik und wir werden auch weiterhin
59 diese Werte verteidigen.

60 Sieben Bezirke, eine Stadt: Hamburg hält zusammen

61 Besonders in den Bezirken wird Politik vor Ort für die Menschen der Stadt direkt
62 spürbar. Hier kann und muss Vertrauen in den Staat und seine Wirksamkeit
63 geschaffen werden. Zweifelt die Bevölkerung die Funktionsfähigkeit des Staates
64 an, bricht das Fundament unserer Demokratie weg. Wir sehen die politische Arbeit
65 auf Bezirksebene deshalb als wichtigen Baustein für das gute Zusammenleben in
66 unserer Stadtgesellschaft und als Basis unserer gelebten Demokratie in Hamburg.
67 Als Bezirkspartei sorgen wir für funktionierende Institutionen, insbesondere in
68 den Bereichen, in denen die Menschen unmittelbar die Leistungsfähigkeit des
69 Staates erfahren und erwarten. Wir kümmern uns darum, dass die Bezirksämter und
70 ihre Dienstleistungen funktionieren und für die Bürger*innen da sind. Dafür
71 haben wir in dieser Legislatur deutlich mehr Geld in die Bezirke investiert. Und
72 wir werden weiter darin investieren, dass die sozialen Dienstleistungszentren
73 gut ausgestattet und aufgestellt sind, damit Wohngeld zügig ausgezahlt, Kita-
74 Gutscheine genehmigt und die Fachstellen für Wohnungsnotfälle Wohnungslosigkeit
75 verhindern und bekämpfen können. Wir wollen darüber hinaus das Vertrauen in den
76 Staat auch stärken, indem wir das Leben der Menschen vor Ort konkret verbessern.
77 Dafür haben einen Plan: Wir stärken Fuß-, Rad- und den Öffentlichen
78 Personennahverkehr in der ganzen Stadt, wir schaffen mehr Wohnraum - sozial und
79 ökologisch, wir pflegen und erweitern überall in Hamburg die von den
80 Hamburger*innen geliebten Grünflächen und Gewässer. Und all das tun wir als
81 Grüne Bezirkspolitik vor Ort im Austausch mit den Menschen.

82 Das Zusammenleben im Bezirk ist an vielen Stellen bereits geprägt von einem
83 starken Miteinander: Vor Ort bringen sich die Menschen ein und gestalten ihren
84 Stadtteil mit. Für viele werden Demokratie, Partizipation gelebt und die
85 Vielfalt der Menschen unserer Stadt erlebt. Eine Gemeinschaft, die gerade in
86 ihrer Unterschiedlichkeit zusammenhält und ihre Minderheiten schützt, ist das
87 Lebenselixier von Demokratien. Wir GRÜNE haben uns in der vergangenen
88 Wahlperiode in allen sieben Bezirken in unterschiedlichsten Konstellationen

89 erfolgreich dafür eingesetzt, dieses Miteinander weiter zu stärken - und wollen
90 daran auch in der kommenden Wahlperiode anknüpfen. Wir machen den Menschen in
91 allen Bezirken ein Angebot, wie wir beispielsweise das Ehrenamt unterstützen,
92 Sportvereine stärken, Kultur und soziale Einrichtungen fördern, Integration
93 ermöglichen und vieles mehr.

94 Zusammenhalt entsteht und wird gestärkt, wenn man in der Nachbarschaft und im
95 Stadtteil gemeinsame Erfahrungen macht. Soziale Interaktionen und soziale
96 Begegnungen schaffen und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Denn im ständigen
97 Kontakt und Austausch miteinander fallen Berührungsängste, Vorurteile können
98 reflektiert werden und wir entwickeln ein besseres Verständnis für
99 unterschiedliche Werthaltungen, Lebensentwürfe, Familienkonstellationen und
100 kulturelle Hintergründe. Damit sich die Nachbarschaft gerade in den Städten
101 begegnen kann, braucht es öffentliche Plätze und gute Sozialräume. Wir wollen
102 deshalb in allen Bezirken mehr Orte der Begegnung schaffen, indem wir etwa
103 Stadtteilzentren neu gestalten, Stadtteilkulturhäuser und öffentliche Plätze
104 aufwerten oder neu schaffen.

105 Dass es dabei einen Unterschied macht, wenn ein Bezirksamt Grün geführt ist,
106 zeigt sich in Hamburg-Nord und Altona. Hier beweisen wir ganz konkret und nah an
107 den Menschen die Handlungsfähigkeit der Bezirke und sorgen beispielsweise für
108 sozial gerechten Klima- und Naturschutz, der das Leben der Menschen konkret
109 verbessert.

110 So sind im Bezirksamt Altona in enger Zusammenarbeit mit der Grünen
111 Bezirksfraktion besonders viele Projekte aus dem Bereich der
112 Klimafolgenanpassung umgesetzt worden. In diesem Bereich ist der Bezirk Altona
113 führend in Hamburg und zeigt mit dem erfolgreichen Projekt COOL Altona konkret
114 auf, wo und wie wir mit Starkregen- und Hitzeereignissen in Zukunft umgehen
115 können. Zudem sind im Kontext Klimafolgenanpassung Straßen zum Teil entsiegelt
116 und mit blau-grüner Infrastruktur umgestaltet worden, es wurden die ersten Mini-
117 Wälder Hamburgs mitten in urbanen Quartieren angelegt und der Umbau des Waldes
118 im Klövensteen zu einem klimaresistenten Wald ist mit ca. 400.000 neu
119 gepflanzten Bäumen in vollem Gange. Damit stellen wir uns auf die Zukunft ein
120 und machen Hamburg gleichzeitig grüner und lebenswerter.

121 Ein weiterer Schwerpunkt des Bezirkes liegt auf der Begrünung von Gebäuden. In
122 allen neuen städtebaulichen Verträgen, oft auch noch in Verfahren ohne Verträge,
123 wurde ein Maß von Fassaden- und biodiverser Dachbegrünung festgelegt. So soll
124 das Mikroklima positiv beeinflusst und die Lebensqualität in der Stadt
125 verbessert werden.

126 Darüber hinaus entsteht mit dem Areal West am nördlichen Elbufer ein
127 Vorzeigequartier in Sachen Nachhaltigkeit. Neben zirkulärem Bauen kommt hier ein
128 modernes Energie- und Mobilitätskonzept in die Umsetzung, vor allem aber wird
129 eine für die Öffentlichkeit zugängliche grüne Dachlandschaft mit großartigem
130 Ausblick entstehen.

131 Das Bezirksamt Hamburg-Nord treibt die Modernisierung der Arbeitswelt voran und
132 zeigt damit wie die bürger*innenfreundliche Verwaltung der Zukunft aussieht.
133 Insbesondere die räumliche Situation im Hinblick auf die Umsetzung moderner
134 Bürokomplexe an einem neuen Hauptstandort des Bezirksamtes wird in den Blick
135 genommen. Aber auch die Frage, wie zukünftig zusammengearbeitet wird, steht im
136 Mittelpunkt der Überlegungen.

137 Neben der Implementierung des neuen Führungsleitbildes der FHH hat das
138 Bezirksamt Nord aktuell eine Prozess zur Entwicklung eines „Leitbildes der guten
139 Zusammenarbeit“ in der Umsetzung. Personalrat und Behördenleitung haben unlängst
140 eine Dienstvereinbarung „Respektvolles Miteinander“ zum Themenbereich Konflikte,
141 Mobbing und Diskriminierung unterzeichnet. Um diese mit Leben zu füllen wurde
142 erstmals im Bezirksamt die Stelle einer Konfliktberaterin geschaffen.

143 Für den öffentlichen Dienst und insbesondere auch unsere Bezirksamter wird es
144 zunehmend wichtig, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Jenseits der sicheren
145 Bezahlung sind eine angenehme und moderne Arbeitsatmosphäre und -kultur sowie
146 Flexibilität und die Möglichkeit sich selbst weiterzuentwickeln heute wichtig um
147 auf einem umkämpften Arbeitnehmer*innenmarkt punkten zu können.

148 Demokratie schützen - Zukunft sichern

149 Eine starke Demokratie ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir die
150 Zukunftsaufgaben unserer Zeit angehen können. Gleichzeitig ist die Bewältigung
151 dieser Zukunftsaufgaben unbedingt notwendig, um unsere Demokratie zu schützen.
152 Denn nur mit dem Aufbruch in eine klimaneutrale und klimaangepasste Zukunft
153 können wir nachhaltigen Wohlstand und Sicherheit schaffen. Dieser Aufbruch ist
154 ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt, der Veränderungen und Herausforderungen
155 für jede*n einzelne*n Bürger*in mit sich bringt. Unser oberstes Ziel als GRÜNE
156 ist es, die Menschen bei den notwendigen Veränderungen mitzunehmen, sie vor Ort
157 zu überzeugen und Teil des Prozesses werden zu lassen. Die bezirkliche Ebene ist
158 dafür zentral, weil sie nah und greifbar für die Menschen vor Ort ist. Wir
159 wollen die Menschen überzeugen, indem wir die Vorteile von umweltfreundlicher
160 Mobilität, gut gedämmten Wohnungen bei stabilen Mieten und gut gepflegten
161 Grünflächen erfahrbar machen. Und wir wollen die Menschen mitnehmen, zum
162 Beispiel, indem wir sie durch einfach zu installierende und günstige
163 Balkonkraftwerke an der Energiewende teilhaben lassen.

164 Damit wir den Aufbruch in eine klimaneutrale Zukunft schaffen, müssen wir lokal
165 handeln, aber auch über Landes- und Staatsgrenzen hinaus zusammenarbeiten.
166 Gemeinsam sind wir schon weit gekommen: Wir GRÜNE haben den European Green Deal
167 auf die Agenda gesetzt, nun kämpfen wir für seine Fortführung und die
168 vollständige Umsetzung - auch gegen rechte Kräfte und Demokratiefeinde, die
169 europaweit unsere Errungenschaften auf's Spiel setzen wollen. Der Schlüssel für
170 eine Zukunft in Wohlstand und Sicherheit heißt Europa, denn die EU macht uns
171 stark. Sie ist für uns kein Selbstzweck, sondern elementar, um mehr Klimaschutz
172 und Wohlstand, gute Lebensqualität, guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen, die
173 Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – und damit eine stabilen
174 Grundlage für mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der
175 ganzen EU zu erreichen.

176 Für ein Europa, das unsere Demokratie schützt

177 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine erinnert uns seit über zwei Jahren
178 daran, welchen Wert die Europäische Union für uns hat – und wie zerbrechlich
179 unser Frieden und unsere Demokratie sind. Während die Ukrainer*innen für unser
180 aller Frieden und Freiheit kämpfen, stehen die Demokratien in Europa am
181 Scheideweg. Dabei geht es schon lange nicht mehr nur um „Sorgenkinder“ wie
182 Ungarn. Ob in Italien, Belgien, Österreich, Rumänien, Portugal, Zypern,

183 Frankreich oder auch in Deutschland - rechtspopulistische und rechtsextreme
184 Parteien haben insgesamt an Stärke gewonnen wie nie zuvor. Es gibt aber auch
185 Grund zur Hoffnung: In Polen hat die pro-europäische und pro-demokratische
186 Opposition die Wahl gegen die rechtspopulistische PIS gewonnen. In Spanien
187 konnte mit einem pro-demokratischen Bündnis eine Koalition aus Konservativen und
188 Rechtspopulisten verhindert werden, obwohl Umfragen anderes befürchten ließen.

189 Ein freies Europa kann nur existieren, wenn alle Staaten Europas frei sind. Die
190 Ukrainer*innen kämpfen seit über zwei Jahren dafür, diese Freiheit in Europa
191 zurückzuholen. Als Grüne ist unsere Haltung klar: Wir sind weiter solidarisch
192 mit der Ukraine und verurteilen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und
193 unser aller Frieden. Das bedeutet für uns, dass wir die Ukraine bei der
194 Verteidigung gegen Russland weiterhin mit allem unterstützen, was dafür
195 notwendig ist.

196 Wir wollen die Medienfreiheit als ein essentielles demokratisches Gut in Europa
197 garantieren. Dabei gilt gleichzeitig, mit aller Härte gegen Desinformation
198 vorzugehen, die unsere Demokratie gefährdet. Wir setzen uns dafür ein, dass die
199 EU-Straftatbestände um systematische Desinformation erweitert werden und
200 Sanktionen gegen Propagandaplattformen wie etwa Russia Today erfolgen.

201 Durch Maßnahmen wie etwa strengere Lobbyistenregeln und mehr Transparenz wollen
202 wir Korruption bekämpfen. Denn zu funktionierenden demokratischen Prozessen
203 gehört ein korruptionsfreies europäisches Parlament wie auch korruptionsfreie
204 EU-Mitgliedstaaten.

205 Gleichzeitig wollen wir das Parlament stärken und es dem europäischen Rat
206 gleichstellen, sodass Gesetzesinitiativen aus dem Parlament heraus eingebracht
207 werden können.

208 In einer Zeit, in der Herausforderungen um Herausforderungen, viele Aufgaben und
209 die Notwendigkeit großer Umbrüche mit sich bringen, nutzen Rechtspopulist*innen
210 und Rechtsextreme in ganz Europa die damit verbundenen Unsicherheiten für ihre
211 antidemokratischen Fantasien. Mit gezielten Lügenkampagnen, Plänen zur
212 Deportation von Menschen und dem Schüren von Ängsten wollen sie Chaos schaffen
213 und uns denken lassen, dass ihre konstruierten Inhalte unsere größten Sorgen
214 sein müssen.

215 Gerade in diesen Zeiten braucht es - vielleicht mehr denn je - eine EU, die sich
216 auf ihr Fundament besinnt und es stärkt: Die Achtung von Menschenwürde,
217 Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Wenn Regierungen in
218 Mitgliedstaaten die Rechtsstaatlichkeit als zentrale Säule funktionierender
219 Demokratien systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der Justiz –
220 die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und
221 Zivilgesellschaft beschneiden, freie Medien bekämpfen oder Frauen-,
222 Minderheiten- und LGBTIQ*-Rechte einschränken, schwächen sie damit die gesamte
223 EU.

224 Als GRÜNE wollen wir uns im Europäischen Parlament weiter dafür einsetzen,
225 Rechtsstaatlichkeit europaweit zu verteidigen und die EU durch eine weitere
226 Demokratisierung zu stärken. Wir wollen, das Europa weiter zusammenwächst und
227 dabei auch bürgernäher wird. Unsere Vision ist weiterhin eine Europäische
228 Republik mit einer europäischen Verfassung. Dafür werben wir auch in Hamburg am

229 9. Juni um die Stimme der Hamburger*innen, denn ein starkes Europa ist Garant
230 für unsere aller Demokratie, Frieden und Freiheit.

231 Unsere hart erkämpften Menschenrechte sind nicht selbstverständlich. Überall auf
232 der Welt versuchen demokratiefeindliche Kräfte durch Einschränkung von Frauen-
233 Queer- und Minderheitenrechten und durch die sukzessive Durchsetzung längst
234 veralteter Rollen- und Geschlechterbilder unsere Grundrechte zu attackieren und
235 individuelle Lebensentwürfe zu verhindern. Mit aller Kraft werden wir diese
236 Errungenschaften weiter verteidigen. Es ist unabdingbar, dass alle EU-
237 Mitgliedstaaten nach rechtsstaatlichen Regeln handeln und Grundrechte einhalten
238 - auch an den EU-Außengrenzen. Wenn Staaten sich an diese demokratischen
239 Grundmerkmale nicht halten, müssen Sanktionen über die Kürzung oder das
240 Einfrieren von EU-Mitteln erfolgen.

241 Dabei müssen wir uns auch mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass Menschenrechte
242 und humanitäres Völkerrecht auch jenseits der europäischen Grenzen eingehalten
243 werden. Es ist unsere im Grundgesetz verankerte moralische und völkerrechtliche
244 Verpflichtung, uns für Menschenrechte einzusetzen. Deutschlands Verpflichtung
245 zum Einsatz für Menschenrechte und die Anwendung des Völkerrechts weltweit ist
246 auch eine Lehre aus dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte.

247 Der abscheuliche Angriff der Hamas auf Israel hat nicht nur viel Leid
248 hervorgerufen, sondern auch einmal mehr sichtbar gemacht: Israel und Jüd*innen
249 weltweit sind nicht sicher! Unsere Solidarität gilt hierbei immer dem
250 israelischen Volk und allen Jüd*innen. Sie zu schützen, sehen wir unverrückbar
251 als unsere Verpflichtung. Nicht zuletzt, weil wir um unsere geschichtliche
252 Verantwortung wissen, und auch, weil wir überzeugt sind, dass es Sicherheit für
253 das Volk braucht, um ultrarechte Hardliner-Regierungen zu verhindern und
254 Demokratien zu stärken. Umstrittene Regierungen profitieren immer von Angriffen
255 und Krieg, denn Feinde von außen halten das Volk hinter ihrer Regierung.

256 Es gilt das Selbstverteidigungsrecht Israel, das wir unbedingt unterstützen.
257 Doch es muss dabei das humanitäre Völkerrecht eingehalten werden.

258 Der seit dem Oktober andauernde Angriff der israelischen Regierung auf Gaza hat
259 allerdings bereits 38 000 tote Palästinenser*innen gefordert – darunter allein
260 14 000 Kinder. Die rund 2,2 Mio. Menschen leben unter katastrophalen Umständen,
261 umgeben von Hunger und Tod, die Infrastruktur ist fast gänzlich zerstört worden,
262 Hilfslieferungen wurden massiv eingeschränkt und NGO's haben sich zurückgezogen.

263 Wir unterstützen die Bundesregierung in ihren Forderungen an Netanjahus
264 Regierung, die lebensnotwendige und akut benötigte humanitäre Hilfe sicher und
265 ohne Beschränkungen nach Gaza zu lassen, um das enorme Leid der Zivilbevölkerung
266 zu lindern. Dabei betonen wir die Notwendigkeit von humanitären Korridoren, für
267 umgehende und umfassende, sichere und sofortige Lieferung von Lebensmitteln und
268 Medikamenten, für Maßnahmen wie die Entsendung von Ärzt*innen, Sanitäter*innen,
269 Medium Urban Search and Rescue Teams, Einsatzkräften des THW, I.S.A.R. Germany
270 sowie den dringend benötigten Schutz der Einsatzkräfte von UN sowie diverser
271 weiterer NGOs.

272 Wir unterstützen die Forderungen nach einer humanitären Waffenpause mit dem Ziel
273 eines langfristigen Waffenstillstands. Es muss dabei klar sein: Terror kann
274 nicht allein mit militärischen Mitteln bekämpft werden. Stattdessen braucht es
275 einer positiven Perspektive für die Palästinenser*innen. Darum betonen wir die

276 Bestrebungen der Bundesregierung, dass nur eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung
277 eine nachhaltige Lösung des Nahostkonfliktes eröffnen kann - für Gaza und die
278 Westbank.

279 Ein freies Europa kann nur existieren, wenn alle Staaten Europas frei sind. Die
280 Ukrainer*innen kämpfen seit über zwei Jahren dafür, diese Freiheit in Europa
281 zurückzuholen. Als Grüne ist unsere Haltung klar: Wir sind weiter solidarisch
282 mit der Ukraine und verurteilen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und
283 unser aller Frieden. Das bedeutet für uns, dass wir die Ukraine bei der
284 Verteidigung gegen Russland weiterhin mit allem unterstützen, was dafür
285 notwendig ist.

286 Wir wollen die Medienfreiheit als ein essentielles demokratisches Gut in Europa
287 garantieren. Dabei gilt gleichzeitig, mit aller Härte gegen Desinformation
288 vorzugehen, die unsere Demokratie gefährdet. Wir setzen uns dafür ein, dass die
289 EU-Straftatbestände um systematische Desinformation erweitert werden und
290 Sanktionen gegen Propagandaplattformen wie etwa Russia Today erfolgen.

291 Durch Maßnahmen wie etwa strengere Lobbyistenregeln und mehr Transparenz wollen
292 wir Korruption bekämpfen. Denn zu funktionierenden demokratischen Prozessen
293 gehört ein korruptionsfreies europäisches Parlament wie auch korruptionsfreie
294 EU-Mitgliedstaaten.

295 Gleichzeitig wollen wir das Parlament stärken und es dem europäischen Rat
296 gleichstellen, sodass Gesetzesinitiativen aus dem Parlament heraus eingebracht
297 werden können.

Unterstützer*innen

Uwe Halpap (KV Hamburg-Wandsbek); Ute Groll (KV Hamburg-Altona)